

Vorwort - Nachwort

Von der Schwierigkeit,
sich als Mitglied der heutigen Gesellschaft zu begreifen

Es ist eine alltägliche Erfahrung vieler Bürger, dass die Bundesrepublik immer stärker in ein Stadium des sozialen, kulturellen und geistigen Umbruchs gerät. Die fehlende Toleranz im sozialen Miteinander, der Unwille z. B. die kulturell-technische Umstrukturierung der Arbeitsprozesse auch emotional mitzutragen und eine geistige Kultur, die immer noch archaisches Verhalten offenbart, wenn soziale ‚Wahrheiten‘ oder ‚Teilwahrheiten‘ zu intellektuellen Blackouts bei Politikern oder der Presse führen. Ein Mangel an geistiger und seelischer Bildung ist wohl ein wesentlicher Grund, mehr Vernunft beim Verstehen, Gestalten und Deuten gesellschaftlicher Vorgänge nicht einzusetzen.

Der Weg der allgemeinen Entwicklung scheint auf den ersten Blick nicht – im Gleichschritt mit der Zivilisation – zu einer weiteren Kultivierung humaner Einsichten und Handlungen zu führen, sondern eher hin zu einem neuen Individualismus (Egoismus oder gar Egozentrismus), der sich seit ca. zwanzig Jahren in der Bevölkerung immer mehr ausbreitet. Die berufliche Qualifizierung ersetzt weitgehend die Pflege überkommener bürgerlicher Bildungsgüter, die für die berufliche Karriere weniger von Bedeutung scheinen.

Mit dem Schwinden von Bildung und philosophischem Denken geht eine allgemeine Unverbindlichkeit in öffentlichen Diskussionen oder auch bei der Erörterung ernster Fragen in privaten Unterhaltungen einher. Man folgt allzu oft der subjektiven Sicht auf die Dinge; von einem Versuch, sich den Problemen (objektiv) mit Hilfe der Vernunft oder mit einem historischen Blick zu nähern, kann in vielen Fällen, die täglich in den Zeitungen und Magazinen zu lesen sind, kaum gesprochen werden. Im Prozess einer radikalen Demokratisierung des sozialen Lebens, in dem wir uns befinden, hat jeder Bürger – so seine subjektive Annahme – zu allem etwas Bedeutendes zu sagen, das ernst genommen werden möchte. Eine moralische oder gar ethische Selbstkontrolle, die die eigene Position zu relativieren vermag, scheint es nicht mehr zu geben oder sie hat sich noch nicht in einem Maße entwickelt, dass sie für die allgemeine soziale Kultur von Bedeutung ist. Ernste religiöse, theologische oder philosophisch-moralische Überzeugungen sind in Diskussionen von Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit stehen, kaum zu hören, denn sie würden – so die Vermutung – als Beweis eines religiösen, moralischen oder von ethischen Idealen gesteuerten Lebens verstanden werden. In den Fernsehdiskussionen und Talkshows begründet

kaum ein Vertreter der Parteien oder einer anderen gesellschaftlichen Organisation – Vertreter religiöser Vereinigungen oder Einrichtungen sind hier ausgenommen – seine persönlichen Ansichten mit überkommenen Wertvorstellungen, die er auch selbst zu leben sucht. Eine neue ‚Objektivität‘ dem Leben gegenüber, ein neuer Pragmatismus, der das Ideal (einer an kollektiven Interessen orientierten gesellschaftlichen Entwicklung) nicht mehr anzustreben sucht und zugleich persönliche Weltbilder bei der Erörterung nicht dezidiert nennt, beherrschen die Öffentlichkeit. Nicht die Inhalte (die begründeten Argumente) bestimmen die Ausführungen, sondern oft ist es allein die ‚Form‘, d. h. die Art und Weise der cleveren Argumentation, das Taktieren, die Strategie, die die Diskussionen prägen. Die rhetorische Begabung und das selbstsichere Auftreten und nicht die berufliche Erfahrung, Fachwissen oder Kompetenz sind wichtige Voraussetzungen, sich mediengerecht zu präsentieren oder eine öffentliche Funktion auszuüben. Liegt die Vergabe einer leitenden Position in der Hand einer der politischen Parteien, sind es oft die guten Beziehungen zu den Spitzen der Organisationen, die den Weg einer Karriere ebnen. Es ist weiterhin festzustellen, dass zum geistigen Nachteil des politisch interessierten Bürgers die kontroversen Diskussionen, die in den Parteien zu gesellschaftlich relevanten Themen herrschen, in der ‚hohen Politik‘ kaum zur Darstellung kommen. Durch die Reduktion auf ‚Aktuelles‘ und durch taktische oder strategische Vorgaben, die eine Partei als Organisation – von eigenen Interessen gesteuert – favorisiert, wird aus ‚Vielfalt‘ allzu oft ‚Einfalt‘.

Ideen zu einer nachhaltigen Politik, die in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden, werden – so die alltägliche Erfahrung – nur auf Objekte (z. B. Maschinen, Verfahren, Organisationsabläufe, ökologische Themen) bezogen. Dass auch im Bereich des moralischen (ethischen) Handelns von Nachhaltigkeit gesprochen werden muss, wird kaum herausgestellt. Auch im Bereich von Ehe und Partnerschaft, der Erziehung der Kinder oder beim gesellschaftlichen Engagement sollte man von Nachhaltigkeit sprechen, geht es doch auch hier um Fragen, die für die Zukunft der sozialen und geistigen Kultur unserer Gesellschaft von großer Bedeutung sind.

Das Auseinanderklaffen von gesellschaftlicher Realität und sozialer Utopie, von Wirklichkeit und Idee, von realistischen und idealistischen Weltbildern ist in Zeiten von Wahlkämpfen gut zu studieren. Vieles, was auch der Bürger als Veränderung nachvollziehen und mittragen kann, wird versprochen, doch eine nachhaltige Umsetzung der Versprechen ist nicht zu erwarten. Oft sind es die unkalkulierbaren internationalen, regionalen (europäischen) Entwicklungen oder auch nur die Absprachen der Koalitionspartner, die die Einhaltung eines Versprechens unmöglich machen, oder diese haben von Anfang

an kaum die Chance einer Realisierung, da der Wähler (in plumper Weise) getäuscht wurde.

Der psychologische Effekt dieser Politik des Taktierens ohne die Vorgabe klarer politischer Ziele, die von breiten Schichten der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden, erzeugt eine immer stärker werdende Politikverdrossenheit in unserem Land, die den Zeitgeist eines pragmatischen Handelns, d. h. das Leben allein nach persönlichen Interessen zu gestalten, noch verstärkt. Kollektives Engagement, das von der philosophischen Einsicht gelenkt wird, das Gemeinwohl über das des Einzelnen zu stellen, und als ein ‚genotypisches‘ menschliches Verhalten zu verstehen ist, wird von breiten Schichten der Bevölkerung für die soziokulturelle Weiterentwicklung unserer Republik kaum als notwendig erachtet.

Frustrationen, die der Widerstreit zwischen individuellen und kollektiven Interessen in den ‚Seelen‘ der Bürger hervorruft, sind oft die psychischen Folgen dieser oben geschilderten Vorgänge, die sich zur Resignation steigern können, wenn die Enttäuschung über die Nicht-Einlösung politischer Versprechungen zu groß ist. Die Politikverdrossenheit, die in vielen persönlichen Gesprächen zu spüren ist, ist eine psychische Reaktion auf solche Enttäuschungen. Das Erscheinen der Piraten-Partei in der politischen Landschaft ist ein deutliches Zeichen dieser Verdrossenheit und ein Symbol für die Notwendigkeit, unsere Gesellschaft neu zu denken und zu gestalten.

Ein historisches Beispiel, das diesen Vorgang der Desillusion zu verdeutlichen vermag, waren die Erlebnisse, die der Bundesbürger während der Regierungszeit der Rot-Grünen Koalition sammeln konnte. Starke positive Emotionen begleiteten den Wahlkampf und die Wahl Gerhard Schröders am 7. Oktober 1998 zum siebten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die Möglichkeit eines politischen Zusammengehens mit der Partei der Grünen steigerte noch die emotionale Begeisterung über die Verwirklichung eines politischen Traums, d. h. ein Ende der Kohl-Ära herbeizuführen. Ein wichtiger Grund für die euphorische Unterstützung war, dass zum ersten Mal die Möglichkeit bestand, dass auch Vertreter einer ‚neuen sozialen Bewegung‘ eine Chance hatten, sich an der zukünftigen Regierungsarbeit zu beteiligen. Man sprach von einem ‚Projekt Rot-Grün‘, das für den Beginn eines sozialen und politischen Wandels in der Republik stehen sollte.

Doch die bourgeoise Selbstdarstellung Gerhard Schröders während seiner Regierungszeit und die ‚neobarocken‘ Attitüden bei den öffentlichen Auftritten und Ansprachen des Kanzlers und seines (grünen) Außenministers Joschka Fischer, die – meiner Meinung nach – jede wahre bürgerliche Bescheidenheit vermissen ließen, waren frühe Zeichen für das Scheitern des Projekts einer sozialen und kulturellen Erneuerung. Der Machtkampf zwischen Gerhard Schröder und Finanzminister Oskar Lafontaine waren weitere politische Indizien eines generellen Konflikts zwischen der Idee,

etwas sozial Neues zu schaffen und der politischen Wirklichkeit. Der aufmerksame Beobachter der politischen Vorgänge verlor schon in den ersten vier Jahren der Regierung der Rot-Grünen-Koalition jegliche Illusion, dass sich auch nur irgendetwas von den ‚revolutionären‘ Ideen erfüllen werde.

Im Bundestagswahlkampf der nächsten Legislaturperiode 2002 lagen dann die SPD und Bündnis 90/Die Grünen in allen Umfragen deutlich hinter der Opposition von CDU/CSU und FDP. Dennoch errangen SPD und die Grünen am 2. September 2002 erneut eine knappe Mehrheit, sodass die Koalition fortgesetzt werden konnte. Die Lösung der Querelen um die Teilnahme am Irakkrieg, die Umsetzung der Gesundheitsreform, die Agenda 2010 (das Hartz-Konzept für den Arbeitsmarkt) und die Lösung der Bankenkrise in Deutschland waren wichtige politische Vorhaben, die weder formal noch inhaltlich bei den breiten Schichten der Bevölkerung Anklang fanden oder gar von ihnen mitgetragen wurden. Gerhard Schröder verlor kontinuierlich an Popularität. Dieser Schwund an Unterstützung fokussierte sich besonders auf die Ablehnung der Agenda 2010. Am 6. Februar 2004 gab Gerhard Schröder bekannt, den Parteivorsitz auf einem Sonderparteitag abgeben zu wollen. Die Entscheidung wurde zwar damit begründet, sich noch intensiver der Regierungsarbeit widmen zu wollen, doch sein Rücktritt von der Parteiführung war für viele Bürger und Parteimitglieder der SPD und der Grünen ein Eingeständnis, dass die Utopie einer sozialen Neuorientierung nicht zum Erfolg führen würde.

Bei einer fairen Beschreibung der politischen Arbeit in der Zeit der Rot-Grünen-Koalition muss jedoch erwähnt werden, dass mit der Modernisierung des Staatsbürgerrechts, der Green-Card-Initiative, der Steuer- und Rentenreform, dem Ausstieg aus der Atomkraft und dem Versuch, mit einer ökologischen Besteuerung nachhaltigere Wirtschaftspolitik zu gestalten, Reformvorhaben angepackt wurden, die notwendig waren, die Bundesrepublik sozial-, steuer- und wirtschaftspolitisch weiterzuentwickeln. Das wichtigste Ziel einer nachhaltigen Wirtschafts- und Fiskalpolitik, d. h. die Konsolidierung des Haushalts, erreichte die Regierung Schröder jedoch nicht. 1998 lag der Schuldenstand noch bei 1.185 Milliarden, 2005 erhöhte er sich auf 1.522 Milliarden Euro. Auch beim Thema Bildungspolitik, bei der Frage von Asyl, in der Kontroverse um Waffenexporte und bei der Lösung des Kosovo-Konfliktes wurden keine nachhaltigen Lösungen erreicht.

Nachdem die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl in ihrem Stammland Nordrhein-Westfalen 2005 erstmals seit 1980 nicht stärkste politische Kraft geworden waren, resignierte Gerhard Schröder. Die Niederlage hat der Kanzler wohl als ein Votum gegen seine politische Arbeit in Berlin gedeutet, denn er stellte am 1. Juli 2005 die Vertrauensfrage im Bundestag. Sie wurde

mit 151 Ja-, 296 Nein-Stimmen und 148 Enthaltungen beantwortet. Damit war die notwendige Kanzlermehrheit nicht mehr gegeben. Schroeder beantragte die Auflösung des Bundestags, dem der Bundespräsident Horst Köhler am 21. Juli zustimmte.

Eine Ära, die mit so viel euphorischer Unterstützung begann, war zu einem jähen Ende gekommen. Das Scheitern der rot-grünen Zusammenarbeit war für viele Bürger der BRD – auch für den Autor – so etwas wie ein traumatisches Erlebnis. Der Wunsch vieler Bürger, eine Politik zu entwickeln und einzuüben, die ein engeres soziales Miteinander zwischen Bürger und Regierung anstrebte, konnte nicht umgesetzt werden. Die Bereitschaft, ein politisches Experiment zu unterstützen, wurde desavouiert. Dies war ganz sicher nicht die Schuld des Wählers, sondern die der politisch Verantwortlichen, die nicht fähig waren, den Mustern und Ritualen überkommener Machtpolitik zu entsagen.

Seit 2005 führt Frau Angela Merkel die Bundesrepublik als Kanzlerin einer Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD an. Noch in der Diskussionsrunde am Wahlabend beanspruchte Gerhard Schröder trotz der verlorenen Mehrheit von Rot-Grün, da die SPD die größte Einzelfraktion im Bundestag stellte, das Recht auf eine Regierungsbildung. Ein ‚mea culpa‘, das Eingeständnis am politischen Desaster schuld zu sein, gab es in den nächsten Tagen weder von den politisch Verantwortlichen der SPD noch von der Grünen Partei. Das Übliche, ein von rein formal-taktischen Überlegungen gelenktes Denken, die Macht zu erhalten, bestimmte die politische Diskussion. Um wenigstens einen Teil des Einflusses zu retten, ging die SPD auf das Angebot der CDU/CSU ein, Koalitionsverhandlungen zu führen. Am 12. November stellte Angela Merkel nach fünfwöchiger Beratung mit der SPD den neuen Koalitionsvertrag der zweiten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik vor und am 22. November wurde Frau Merkel mit 397 der 611 Stimmen der Abgeordneten zur Kanzlerin der Bundesrepublik gewählt. Das Acht-Punkte-Programm als Leitlinie der künftigen Politik, das die Kanzlerin Ende März 2006 vorlegte, beschäftigte sich mit Fragen der Föderalismusreform, Bürokratieabbau, Forschung und Innovation, Energiepolitik, Haushalts- und Finanzpolitik, Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik und einer Gesundheitsreform.

Der Regierungsstil der Kanzlerin, der – bis heute – keine Aufregungen bei der Erörterung und Lösung der anstehenden Probleme erkennen lässt, beeindruckte weite Kreise der Bevölkerung. Ihre abwartende Art, erst dann etwas Wesentliches zu anstehenden politischen Entscheidungen in den Medien zu sagen, ist für viele immer noch ein Zeichen von Unentschlossenheit, doch der neue Stil unterschied sich wohlthuend von der Selbstinszenierung Gerhard Schröders und Joschka Fischers. In der breiten Bevölkerung

und unter den Führungskräften der Wirtschaft wie bei den Mitgliedern ausländischer Regierungen fand die Kanzlerin schnell breite Zustimmung. Angela Merkel konnte somit dem Wahlkampf, der 2009 bevorstand, um sich eine zweite Amtszeit zu sichern, positiv entgegensetzen. Am 27. September fand die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag statt. Neue Mehrheiten machten die angestrebte Ablösung der Großen Koalition und eine politische Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten möglich, die jedoch – im Blick zurück auf die laufende Legislaturperiode – als keine allzu glückliche zu bezeichnen ist.

Die allgemeine Bereitschaft der Bevölkerung unserer Republik, politische Entscheidungen mitzutragen, ist auch in der Ära Merkel nicht geringer, sondern eher größer geworden. Der Bürger denkt und verhält sich in Vielem moderner und aufgeklärter als unsere politische Elite. Er fühlt sich weiterhin von einer Teilhabe an der politischen Arbeit ausgeschlossen. Weitergehende Reformen des Wahlrechts und eine Ausweitung der Partizipation an den politischen Entscheidungen werden – so ist zu vermuten – bewusst nicht in Angriff genommen. Es sind oft die kleinen Dinge des politischen Alltags, die den Wähler stören und das geistige Klima in unserer Republik atmosphärisch beeinflussen. Der Bürger bezieht in viel stärkerem Maße als früher politisches Verhalten (Form) und politische Versprechen (Inhalt) aufeinander; Brüche, die die historisch-feudale Sozialisation des Denkens und Verhaltens früher zuließ, werden heute oft aggressiv angeprangert.

Das Ausnutzen von Privilegien oder Anmaßungen sind Formen des politischen Handelns, die der Bürger von heute nicht mehr toleriert. Der eigenmächtige Einsatz der Flugbereitschaft z. B. für Reisen, die eher einen privaten als offiziellen Charakter haben, wie dies bei Rita Süssmuth, Ulla Schmidt oder bei der Südamerikareise von Jürgen Trittin geschah, zeugt zwar immer noch von einem feudalen Verständnis vieler Abgeordneter und Regierungsmitglieder, doch die Öffentlichkeit reagiert immer sensibler auf solche Vorkommnisse

Bedeutsamer als materielle Vorteilsnahme im Amt ist die geistige Kultur, politische Entscheidungen auf Grund von ideologischen Vorbehalten zu blockieren. Die geistige Bindung an die ideologische Ausrichtung der Partei ist immer noch eine wichtige Komponente in den politischen Entscheidungsprozessen. Dass ideologische Grundausrichtungen in der praktischen Arbeit ein wesentliches Handicap bei der Diskussion und Verwirklichung anstehender politischer Probleme sind, kann immer wieder in öffentlichen Debatten bemerkt werden, wenn nämlich Positionen, einmal eingenommen, trotz schlagender Gegenargumente nicht verlassen werden. Der Bürger fragt sich dann mit allem Recht, ob wir noch diesen Typus von Partei brauchen-

und einem politischen Denken folgen müssen, das sich zweihundertfünfzig Jahre nach der Aufklärung immer noch nicht der Vernunft verschreibt, sondern Ideologien folgt, die sich bis ins neunzehnte Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Es ist an der Zeit zu lernen, wieder grundsätzlicher zu denken und der Vernunft bei der Findung politischer Lösungen endlich eine historische Chance zu geben. Auch im Wissen, wie wenig sich das archaisch-egoistische Verhalten der Menschen zügeln lässt, wäre der Wertekanon, der der Verfassung zugrunde liegt, eine gute Grundlage, sich auf ein neues moralisches Handeln in der Politik einzustellen.

Die Überzeugung der Kanzlerin Angela Merkel, dass der politische Kompromiss ein essentieller Bestandteil der demokratischen Gesetzgebung ist, trifft ganz sicher für die parlamentarische und die Regierungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene zu. Man kann sich jedoch kaum vorstellen, wie bundesrepublikanische, europäische oder globale Probleme aus der Perspektive von parteipolitischen Ideologien einer vernünftigen Lösung zugeführt werden können. Brauchen wir überhaupt noch ideologische Glaubensbekenntnisse bei der Lösung gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme? Wäre es eigentlich nicht an der Zeit, mehr Sachverstand – und ganz allgemein gesprochen – mehr Vernunft bei politischen Entscheidungen einzusetzen?

Trotz aller negativen Erfahrungen, die angesprochen wurden, hat sich seit den siebziger Jahren die geistige Sensibilität, die politischen Dinge und Entscheidungen zu sehen und zu deuten, beim Bürger positiv verändert. Ein Prozess einer radikalen Demokratisierung im Denken und Handeln hat eingesetzt, deren Auswirkungen sich in allen drei Sektoren: Soziales, Kulturelles und Geistiges nachweisen lässt. Was fehlt, ist eine stärkere Einbindung dieses (noch weitgehend schlummernden) Potentials in die praktische politische Arbeit. ‚Eruptionen‘ in Form von Demonstrationen, sei es gegen die Castor-Transporte oder gegen Stuttgart 21, sind eigentlich historisch überkommene, die bei einer nachhaltigen, besser vorhaltigen Absprache mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und bei einer völligen Transparenz der Entscheidungsprozesse eigentlich nicht mehr nötig wären.

Dieser Mangel an gelebter Demokratie fördert die Ausbildung einer zweiten, eher virtuell zu nennenden Gesellschaft, die das Kommunikationsnetz des Internets anbietet. Schon heute lebt ein Großteil der Jugend nicht mehr in der sozialen Realität banaler Alltäglichkeit, sondern sie knüpft ihre sozialen, kulturellen und geistigen Bande mit Partnern und Freunden im Internet. Man lebt lieber in einer virtuellen Wirklichkeit als in der soziokulturellen Realität der Bundesrepublik. Das Leben wird zu einem virtuellen Spiel, das soziale Verantwortung, die je nach den angeborenen und erworbenen Fähigkeiten eigentlich zum Wohl aller eingesetzt werden müsste, weniger wahrnimmt.

Bei dem hohen Grad von Emotionalität, die bei öffentlichen Diskussionen gesellschaftlich relevanter Themen ablesbar wird, ist es noch ein weiter Weg zu einem vernünftigen Umgang im sozialen und intellektuellen Miteinander. Einen pädagogischen Zwischenschritt zu suchen, den diese „Stilgeschichte der sozialen Kultur“ anstrebt, heißt den Diskussionsstoff in einer Weise zu formalisieren, dass er einen Teil seiner emotionalen Sprengkraft verliert. Der historische Blick auf die Dinge ist ein vorzügliches wissenschaftliches Werkzeug, Emotionen bei der Erörterung brisanter Themen klein zu halten. Eine zweite Möglichkeit ist die Darstellung der zu erörternden Probleme in einer vernetzten Form, die den sozialen, kulturellen und allgemein geistigen Kontext mitdenkt. So wird der Versuch, eindeutige Antworten zu geben, erschwert. Die überkommenen Denkklišees in ‚richtig und falsch‘, ‚Wahrheit und Unwahrheit‘ sind so nur noch schwer möglich. Eine historische Sicht auf die Dinge und die Suche nach einer Antwort, die den sozio-kulturellen und geistigen Kontext berücksichtigt, zeitigen nur relative (historische und zeitgeschichtliche) Wahrheiten. Sie können wiederum als allgemeine Beispiele dienen, Konflikte zu beschreiben, zu erklären, zu deuten und zu lösen oder ihnen wenigstens ihre zerstörerische Kraft zu nehmen.

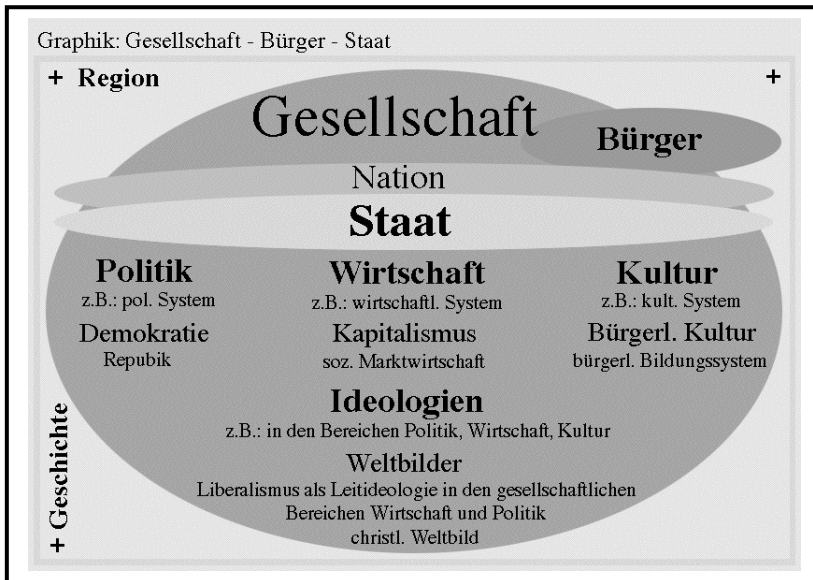
Nur Fragen der Menschenwürde und die in der Verfassung verbrieften Grundrechte des Menschen haben – als ethisches Kulturgut, d. h. als ‚Axiome der historischen Vernunft‘ – absolute, d. h. überhistorische Gültigkeit, die nicht in Frage zu stellen sind.

Gespräche sind – ohne Zweifel – das bedeutendste Medium beim immateriellen Kulturtransfer. Die inhaltlichen Felder lassen sich drei großen Themenkreisen zuordnen. Der erste beinhaltet Soziales. Hierzu gehören die alltäglichen Dinge, welche die Menschen beschäftigen. Arbeiten und Wohnen, Familie und Gesundheit, Urlaub oder neue Bekanntschaften wären hier aufzuführen. Die Themen der zweiten Stufe beschäftigen sich mit Kulturellem. Gespräche über die neuen Kulturgüter, die Medien, Klagen über die Politik, kulturelle Einrichtungen, wie z. B. der schulischen Ausbildung. Sie sind einem zweiten Themenkreis zuzuordnen. Die dritte und höchste Stufe nimmt die Themen der ersten beiden Bereiche auf und nutzt sie für eine weitergehende historische, soziologische oder allgemein theoretische (geistesgeschichtliche) Erörterung.

Die Trennung in die drei Themenbereiche erzeugt – wie bei der historischen Betrachtung – intellektuelle Distanz zu den eigenen und den Aussagen anderer Gesprächsteilnehmer. Und dies bedeutet wiederum, dass man Gespräche pädagogisch so anlegen kann, dass sich der Grad der Überzeugung steigert, da man nicht nur die Argumente vorträgt, sondern auch die

‚Werkzeuge‘ des eigenen Denkens und Argumentierens zu benennen vermag.

Der historisch allgemeine und der kulturell spezifische Blick auf die Dinge kann nicht nur Argumente ‚entschärfen‘, sondern auch religiöse oder ethnische Vorbehalte, die die Lösung eines Konflikts erschweren, aufdecken und – ohne sie als rein persönliche zu ‚denunzieren‘ – als soziale, kulturelle oder geistige Voreingenommenheiten zur Diskussion und Disposition stellen.



Die schematische Differenzierung der allgemeinen gesellschaftlichen Probleme und ihre Zuordnung zu den drei Sektoren (Soziales, Kulturelles und Geistiges) kann durch die Hinzunahme der vier gesellschaftlichen Bereiche (Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie) erweitert werden. Sie bilden ein zusätzliches konzeptionelles ‚Werkzeug‘, die inhaltliche Vernetzung allgemeiner gesellschaftlicher Vorgänge, formaler Zuständigkeiten und Abhängigkeiten zu strukturieren und in einer stärker vernetzten Form noch anschaulicher beschreiben zu können. Kenntnisse, die das Wissen um den Aufbau unseres Staatssystems und die allgemeinen gesellschaftspolitischen Vorgänge einschließen, sind die Grundlage jedes historisch-kritischen Denkens. Geschichtsbewusstsein, das aufgrund von Wissen erlaubt, mit den Stoffen der Geschichte frei und distanziert umzugehen, ist jedoch das eigentlich geistige Werkzeug aufgeklärten Denkens. Wahre Liberalität speist sich aus dem Verstehen, d. h. aus einem sozial-, kultur- und geistesge-

schichtlichen Nachvollzug historischer und zeitgeschichtlicher Vorgänge und ist zugleich eine gute Voraussetzung, in einer Diskussion Aggressionen jedweder Art zu zügeln oder gar nicht aufkommen zu lassen. Die Erkenntnis, d. h. die Einsicht in die historische Bedingtheit all unseres Handelns stellt eine gewisse Garantie dar, friedlich miteinander umgehen zu können.

Wie der Untertitel „Stilgeschichte der sozialen Kultur der Bundesrepublik Deutschland“ signalisiert, versucht das Buch „Gesellschaft denken und gestalten“ wie die „Stil-Geschichte der Kunst“, die 2010 im Reimer Verlag Berlin erschien, stilgeschichtliche Aussagen zu treffen, die das Typische betonen.¹

Das neue Buch möchte wie die „Stil-Geschichte der Kunst“ eine Anleitung zum ganzheitlichen Denken sein. Ein Achsenkreuz strukturiert auch hier den zu vermittelnden Stoff. Die Vertikale (Teil I und Teil III) übernimmt die Beschreibung der individuellen und allgemein historischen Entwicklung der sozialen Kultur in der Bundesrepublik; die Horizontale (Teil II) sammelt – auf die vier gesellschaftlichen Bereiche bezogen – illustrative Beispiele aus dem sozialen, kulturellen und geistigen Geschehen der bundesrepublikanischen ‚Alltagskultur‘. Beide thematisch-konzeptionellen Organisationsformen, den komplexen Stoff zu gliedern, werden immer in eine innere Beziehung zueinander gesetzt, um das symbiotische Zusammenspiel von gesellschaftlich Objektivem und individuell Erlebtem beschreiben zu können.

Die innere Gestaltung des Texts ist so angelegt, dass eine Betonung auf der Erörterung von vier speziellen Themenbereichen liegt, die für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik von wesentlicher Bedeutung sind:

1. die wirtschaftliche Prosperität, die mit Hilfe einer weiteren Kultivierung der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden soll,
2. eine ‚gesunde‘ Budget- und Vermögensgestaltung der BRD als Grundlage der wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung,
3. die immer wiederkehrende Forderung einer größeren Investition in Bildung, die eine wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Prosperität ist,
4. die Kultivierung einer neuen Moral, die sowohl das private wie das politische Denken prägt.

Artikel aus den Berliner und überregionalen Tageszeitungen wie z. B. Der Tagesspiegel, Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, TAZ. Die Zeitung,

¹ Siehe dort die beiden Abschnitte „Das historisch Allgemeine: Die Sektoren Soziales, Kulturelles, Geistiges“ und „Das historisch Besondere: die Bereiche Wirtschaft, Politik, Kultur, Ideologie“.

Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Financial Times bilden eine journalistische Ergänzung bei der kompositorischen Gestaltung der Texte. Die Einbindung der Zitate in die Einzelthemen soll über eine inhaltliche Anreicherung der Beiträge hinaus den Leser anregen, in vergleichbarer Weise bedeutende Zeitungsartikel den einzelnen Abschnitten des Buches thematisch zuzuordnen, um die „Stilgeschichte“, die als Puzzle angelegt ist, sinnvoll zu ergänzen. Die Beiträge sind nicht in chronologischer Weise, wie sie in den Zeitungen erschienen, dem Text zugeordnet, sondern thematisch; sie werden so Teil des methodischen Konzepts. Ob sich die ausgewählten Beiträge bundesrepublikanischer Tagespolitik als Beispiele stilgeschichtlicher Veränderungen erweisen, ist schwer einzuschätzen. Da es im Kern immer wieder um Fragen moralischen Handelns geht, ist die Gefahr jedoch nicht allzu groß, wirklich Unbedeutendes für die Illustration soziokultureller Vorgänge in der Bundesrepublik zusammengetragen zu haben.

Ihre Zuordnung folgt einem einfachen Schema: Themen zu Familie, Erziehung oder Schule und zu den Sektoren Soziales, Kulturelles und Geistiges und – in einem weitergehenden Schritt – zu den gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie finden in dem Themenspektrum des Systems ihren Platz.

Die als überhistorische Gliederungspunkte zu verstehenden Sektoren Soziales, Kulturelles und Geistiges bilden das äußere Gerüst der Themencollage; die Bereiche: Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie übernehmen die speziellere Zuordnung der darzustellenden gesellschaftlichen Probleme. Die Sektoren und die gesellschaftlichen Bereiche bilden, wie in einem symbiotischen System, ein thematisch-inhaltliches Netzwerk, das die ausgewählten Themen in sich aufnimmt und, wie bei einem neuronalen System, an bestimmten Stellen positioniert.² Die einzelnen Beiträge können, da sie oft thematisch die Sektoren und gesellschaftlichen Bereiche überschreiten, Teil nur eines und zugleich auch Teil eines der anderen sieben Themenbereiche werden. So berührt z. B. der Exkurs „Armut, ein trauriges Kapitel bundesrepublikanischer Gegenwart“ thematisch Soziales (Lebensschicksal der Betroffenen), Kulturelles (Einrichtungen, die sich zur Linderung der Armut verpflichtet fühlen) und Geistiges (Mentalitäten, der von Armut Betroffenen); zugleich sind Teilaspekte der Armut auch folgenden gesellschaftlichen Bereichen zuzuordnen: Wirtschaft (Arbeitslosigkeit als eine Ursache von Armut), Politik (Gesetzgebung, Armut zu lindern), Kultur (das Fehlen kultureller Freizeitaktivitäten) und Ideologie (Hass auf eine Gesellschaft, die nicht bereit ist, für alle Schichten der Bevölkerung ausreichend zu sorgen). Die ganzheitlich angelegte Form der sozial-, kultur- und geistesgeschichtli-

² Ebd.

chen Befragung und Deutung der Vorgänge in der Bundesrepublik bildet die statische Seite des wissenschaftlichen Konzepts. Die Collage, mit Hilfe ausgewählter Beispiele aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie angelegt, vertritt die dynamische Seite. Die inhaltliche Ausrichtung des Puzzles lässt sich mit Hilfe unterschiedlichen wissenschaftlichen, literarisch-dokumentarischen oder künstlerischen Materials mit anderen thematischen Schwerpunkten anlegen.



Die Idee, nicht auf wissenschaftliche Buchpublikationen, sondern auf journalistische Beiträge zurückzugreifen, war eine Entscheidung, die einer allgemeinen stilistischen Vorliebe Rechnung trägt, die das Studium kurzer prägnanter Texte (Aufsätze und Internetbeiträge) dem voluminöser Werke vorzieht (siehe unten die Ausführungen im soziokulturellen Teil der stilgeschichtlichen Beiträge). Eine Themencollage, die den Versuch wagt, eine Stilgeschichte der BRD in ganzheitlicher Absicht zu schreiben, kann schon rein technisch nicht auf einige Dutzende von Buchpublikationen zurückgreifen. Darüber hinaus eignen sich kurze bedeutende Texte, die bei der täglichen Zeitungslektüre entdeckt werden können, besser für die Demonstration einer Methode, die versucht, die soziale Kultur der Gegenwart in der BRD darzustellen.

Die Absicht, die Zeitungslektüre zum Ausgangspunkt gesellschaftlicher Kritik an der Bundesrepublik zu machen, schließt die TV-Medien als informative Quelle für eine Kritik gesellschaftlicher Vorgänge aus. Dass die

Fernsehanstalten für das Gros der Bevölkerung eine noch wichtigere Rolle als das Buch oder die Presse bei der Vermittlung von Wissen und Bildung spielt, wird nicht in Frage gestellt. Doch das didaktische Experiment, neue methodische Formen der akademischen Weiterbildung auf der Grundlage der Zeitungslektüre zu entwickeln, verzichtet auf die Informationsquelle TV-Medien. Diese kommen auch nicht als ein eigenständig behandelter Themenkomplex im Text vor.

Drei größere Abschnitte gliedern den Inhalt der Stilgeschichte. Teil I „Gesellschaft-Familie-Schule“ und Teil III „Visionen gesellschaftlichen Lebens in Gegenwart und Zukunft“ bilden inhaltlich die vertikale (historische) Achse der Gliederung des Stoffs. Die individuelle Begabung, als ‚Geschenk aus der Lotterie Gottes‘ gedeutet, und die Pflege der geistigen Anlagen in Familie, Kindergarten, Schule und Ausbildung sind die zentralen Themen von Teil I. Wie der Titel von Teil III verspricht, werden in ihm Fragen einer zukünftigen sozialen Entwicklung der Bundesrepublik erörtert. Teil II beschäftigt sich mit der Bedeutung der Elite für das ‚Wohl und Wehe‘ unserer Gesellschaft. In diesem Abschnitt des Buchs, der konzeptionell die horizontale Zuordnung des Stoffes übernimmt, werden die Beiträge enger den vier gesellschaftlichen Bereichen zugeordnet. Es ist eine Auflistung von politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die zwischen 2010 und 2012 das private und öffentliche Leben maßgeblich bestimmten, und ihrer historisch-kritischen Deutung.

Die einzelnen Abschnitte in Teil II folgen in ihrer Zuordnung den vier gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie. Sie sind mit dem Präfix ‚sozio‘ versehen. Dieses weist symbolisch drauf hin, dass das bürgerliche Verhalten im Zentrum der Erörterungen steht. ‚Archaisches Denken und Handeln‘ (Egoismus und das Streben nach Macht) sind ein stilles Thema, das die ganze Stilgeschichte durchzieht.

Die Einleitung „Die stilgeschichtliche Sicht auf die Dinge“ versucht, den geisteswissenschaftlichen Ansatz, mit dessen Hilfe das Material strukturiert wurde, zu beschreiben. Die Exkurse, die die Kapitel begleiten, setzen sich mit Fragen, die für unsere Gesellschaft von prinzipiellem, d. h. von ethischem Interesse sind, auseinander. Das Nachwort-Vorwort ist wie das Vorwort-Nachwort als eine allgemeine Einführung, besser Hinführung zum Leitthema des Buches „Kritik und Neugestaltung der Bundesrepublik“ gedacht. Die Dopplung der Überschrift ist wie bei der „Stil-Geschichte der Kunst“ Zeichen der Austauschbarkeit und zugleich Symbol einer postmodernen Gestaltung des Buches in Form einer großen Themencollage, die über die stilgeschichtliche Intention, den Stoff zu ordnen und zu deuten, einen tieferen wissenschaftlich-konzeptionellen Sinn erfährt.

Die postmoderne Collageform vermag verschiedene Intentionen zu vereinigen. So ist das Buch thematisch eine Art Streitschrift, eine Sammlung bedeutender Zitate aus gesellschaftspolitisch relevanten journalistischen Texten, darüber hinaus auch eine Art sozialer Utopie und eine Methodologie, die den Leser anleitet, die gesellschaftlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft in einer anderen, neuen Art der Darstellung kennen zu lernen. Die „Stilgeschichte der sozialen Kultur“ ist in ihrer Anlage sozusagen ein wissenschaftlicher ‚Zwitter‘: Die gesellschaftlichen Teilbereiche der Bundesrepublik in einer geschichts- und gesellschaftstheoretischen Komposition zusammenzuführen, ist das primäre Anliegen des Buchs; der thematische Einsatz der journalistischen Beiträge vertritt eine andere, mehr feuilletonistische Form der wissenschaftlichen Darstellung und Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnissen, die inhaltlich in vielen Positionen mit der alltäglichen Kritik weiter bürgerlicher Kreise an den bundesrepublikanischen Zuständen übereinstimmen.

Der apodiktische Ton, den die Ausführungen oft annehmen, und die ein wenig moralisierende Tendenz des Texts sind – psychologisch gedeutet – Ausdruck von Zorn und Verärgerung eines noch immer an politischen Vorgängen interessierten Autors, der sich mit den in den letzten dreißig Jahren nicht verwirklichten Möglichkeiten, unsere Gesellschaft über den ‚Hebel‘ einer nachhaltigen Sozial- und Bildungspolitik auf bessere Bahnen zu führen, nicht abfinden kann.

Es muss eine Möglichkeit gefunden werden, die Förderung unterschiedlicher menschlicher Begabungen mit Hilfe der schulischen und akademischen Ausbildung zu verbessern. Dies ist nicht nur eine rein bildungspolitische Aufgabe, sondern auch eine gesellschaftspolitische. Ein soziales Miteinander, das die unterschiedlichen Begabungen zum Vorteil aller nutzt, und ein Kulturaustausch, befreit von allen ideologischen Vorurteilen, ist ein erstrebenswertes Ziel, das die Politik leiten sollte.